

Sitzung des Orsrats Westervesede am 9.2.2011

Die Sitzung fand im Gasthaus Hanschen Harm in Westervesede statt.

**Geleitet wurde die Sitzung von Ortsbürgermeister Heins.
Vor Beginn der Sitzung konnten die Einwohner Fragen stellen.**

Die einzige Frage war dann, ob für den Kindergarten in Westervesede in absehbarer Zeit eine Ganztagsbetreuung angedacht sei.

Die Bürgermeisterin sprach lang und breit über die Diskussionen des letzten Jahres. Aber auch auf Nachfrage bekam die Einwohnerin keine halbwegs konkrete Antwort. Sie wies auf die Arbeitsgruppe Kinderbetreuung hin, die in der nächsten Woche wieder tagen wird. Diese werde ein Konzept unter Einbeziehung der Ortschaften erarbeiten. Die Ergebnisse der nicht-öffentlich tagenden Arbeitsgruppe würden dann in öffentlichen Sitzungen beraten werden.

In den Ausführungen wurde deutlich, dass weiterhin die Schließung des Kindergartens Westerholz beabsichtigt ist.

Zu Beginn der Sitzung wurde die Niederschrift Nr. 56/2010 über die Ortsratssitzung vom 8.11.2010 einstimmig beschlossen.

Im Bericht des Ortsbürgermeisters las Herr Heins ein Dankeschreiben der Partnerstadt Smarde in Lettland vor. Herr Heins wies auf eine Bürgeranhörung am 15.2.2011 im Dorfgemeinschaftshaus hin, in der die Erweiterung des Windparks Richtung Bartelsdorf vorgestellt wird.

Des weiteren wies er auf die Kommunalwahl am 11.9.2011 hin, bei der die Bürgermeisterin Frau Dittmer-Scheele sowie ihr allgemeiner Vertreter, Herr Behrens, als Wahlleiter fungieren.

Im Bericht der Bürgermeisterin gab Frau Dittmer-Scheele den aktuellen Sachstand zur Breitband-Verkabelung bekannt. Seit 27.1.2011 liege die Genehmigung der EU vor, so dass in diesem Jahr mit dem Ausbau begonnen werde, auch in Westervesede. Dazu fließen Mittel aus dem Konjunkturpaket II an die EWE. Diese müssten in 2011 ausgegeben werden. Aber es werde

vermutlich bis gegen Ende des Jahres dauern.

Anschließend wurde die zukünftige Nutzung des Dorfgemeinschaftshauses diskutiert. Dazu lag ein Antrag des Ortsrats an die Gemeinde vor, dem zu Folge die Gemeinde aufgefordert wird, die Planung des Gebäudes mit einer Nutzung des nicht ausgebauten Dachgeschosses im Sinne einer generationenübergreifenden Nutzung als Krippe, Kindergarten und Senioren-Tagesstätte voranzutreiben.

Es gab ein heftiges Gezerre darum, wer als Nächstes etwas tun müsse.

Während der Ortsrat von der Gemeinde Unterstützung und Engagement einforderte, behauptete die Bürgermeisterin, sie brauche genauere Angaben, was gewollt werde, und konkrete Zahlen über Quadratmeter und Anzahl der einzurichteten Plätze.

Sie meinte, mit einem Gespräch am 13.12.2010 mit den Beteiligten sei ihre Aufgabe vorerst beendet, nun sei die Kirche als möglicher Träger sowie der Ortsrat am Zuge. Der müsse einen Träger finden.

Dies sah der Ortsrat ganz anders. Die Gemeinde wurde gefragt, was sie als Eigentümerin denn machen würde, wenn der Ortsrat untätig bliebe. Wolle sie das Gebäude weiterhin, wie seit 10 Jahren, teilweise nur leer stehen lassen und sich nicht um ihr Eigentum kümmern?

Die Bürgermeisterin war krampfhaft bemüht, den Schwarzen Peter an den Ortsrat und die Kirche zu schieben. Dies führte zu teilweise lautstarken und heftigen Angriffen der Ortsratsmitglieder gegen die Bürgermeisterin.

Nach Abschluss der Debatte beschloss der Ortsrat einstimmig den Antrag auf Unterstützung durch die Gemeinde.

Anmerkung des Verfassers:

Als die Bürgermeisterin für sich beschloss, in der Beeke-Schule 2 Krippen einzurichten, wurde die Planung im Geschwindeschrift durchgeführt. Der Rotenburger Architekt Zimmermann legte wenige Wochen später ein durchdachtes Konzept vor. Dieser Vorschlag der Umnutzung des DGH ist der

Bürgermeisterin ganz offensichtlich ein Dorn im Auge. Mit unglaublich verkrampten Formulierungen wird eine weitere Konzeption verhindert. Dabei schien wiederholt durch, dass ein kirchlicher Träger nicht gewollt ist. So benutzt die Bürgermeisterin Formulierungen wie: "Wenn ihr denn einen kirchlichen Kindergarten wollt" oder "Aber dann ist das kein gemeindlicher Kindergarten. Das muss man dann wissen." Es war nicht zu übersehen, dass die Bürgermeisterin den Wunsch der Bürger hintertreibt.

Ernst Friesecke, 10.2.2011